

Nach jahrelanger Diskussion und Unesco-Kritik plant Stadtbild-Abteilung eine Höhengrenze

Limit für Turm neben Schloss

Wiener Zeitung vom 8. März 2011 von Christian Mayr

- Komet-Hochhaus nahe Schönbrunn wird wieder auf 60 Meter abgezont.
- Lob für Vassilakous strengere Regeln bei neuen Turmbauten.

Wien. Bei 60 Metern muss endgültig Schluss sein. Nach jahrelanger Diskussion über das Hochhausprojekt auf den Komet-Gründen unweit der U4-Station Meidlinger Hauptstraße, das Wien zuletzt erneut einen Rüffel von der Unesco in Sachen Weltkulturerbe eingebracht hat, soll nun ein strenges Limit gelten. Laut Informationen der "Wiener Zeitung" befindet sich ein Gutachten der MA19 (Stadtbild) in der Finalphase, wo genau diese Höhe als Bedingung für eine Baugenehmigung festgelegt wird.



Tritt massiv neben dem Schloss Schönbrunn in Erscheinung: Der Komet-Turm soll nun endgültig nicht höher als 60 Meter werden – ursprünglich waren es 120.
Foto: apa/WZ

"Damit wird die in der Flächenwidmung festgesetzte Höhe von 73 Metern reduziert. Es soll eine ausreichende Begründung geben, damit das dann juristisch hält", heißt es aus Rathaus-Kreisen. Die Richtung in der pikanten Causa hat die grüne Planungsstadträtin Maria Vassilakou am Wochenende im Interview mit der "Wiener Zeitung" schon festgelegt: Die Bestimmungen der Unesco – sprich die 60 Meter – seien einzuhalten. Ihr Vorgänger Rudolf Schicker (SPÖ) war bis zuletzt noch anderer Meinung und hat keinen Änderungsbedarf gesehen. Ursprünglich auf 120 Meter Höhe geplant, schrumpfte der geplante Turm nahe dem Schloss Schönbrunn nach einem Besuch einer Unesco-Kommission schon auf besagte 60 Meter; die Widmung erlaubte 2008 dann dennoch wieder ein Höhenmaß von 73 Metern, was zu Verärgerungen in den Gremien der UN-Organisation geführt haben soll.

Schließlich verlangte auch der Denkmalschützer Manfred Wehdorn eine Umplanung, da der Hochhaus-Turm in der West-Ost-Blickrichtung parallel zum Schloss massiv in Erscheinung trete (siehe Bild) und daher ein klassischer "Problemfall" sei.

Offiziell entschieden ist die Sache freilich noch nicht: Wie ein Sprecher von Baustadtrat Michael Ludwig bestätigt, ist die Prüfung durch die MA19 noch im Laufen. Prinzipiell sei aber klar: "Wenn gut begründet argumentiert wird, kann die Baubehörde eine neue Höhe festlegen."

Ganzes Projekt wackelt

Ob das umstrittene Großprojekt dann so überhaupt umgesetzt werden kann, ist fraglich; Projektbetreiber und Architekt Peter Podsedensek war für keinen Kommentar zu erreichen – zuletzt hatte er klar gemacht, sich auf keine Diskussion über eine Reduktion einlassen zu wollen.

Anerkennung für Vassilakou kommt in dieser Causa aus der Rathaus-Opposition: ÖVP-Landesgeschäftsführer Alfred Hoch begrüßt die angekündigte Abzonung; nun gelte es bei einer Neuplanung die Bürger endlich aktiv einzubinden.

Auch FPÖ-Architektursprecherin Henriette Frank kann den Aussagen Vassilakous, künftig strengere Regeln bei Turmbauten gelten zu lassen, Positives abgewinnen, schließlich müsse Stadtbild-Zerstörung verhindert werden. "Aber Hochhäuser müssen prinzipiell schon sein", so Frank.

Auch in der Fachwelt sorgt Vassilakou für positives Echo. "Ich erwarte mir, dass sich eine andere Planungskultur durchsetzt und nicht bloß durchgewunken wird, was die Politik bisher mit Freunden ausverhandelt hat", formuliert es der Wiener Stadtplanungsexperte Reinhard Seiß. Die Ansagen der neuen Planungsstadträtin würden jedenfalls verdeutlichen, dass die Ära Schicker beendet ist, "wiewohl dieser nicht für alles verantwortlich gemacht werden kann, was an Fehlentwicklungen passiert ist". Schließlich hätten schon seine Vorgänger den sorglosen Umgang mit der Stadt sowie willkürliche Entscheidungen für ihre Klientel zu verantworten.

Türme ohne Anbindung

Generell seien Hochhäuser ohne entsprechende Verkehrsanbindung eine planerische Kardinalsünde, weil die Stadt dadurch konkreten Schaden nimmt. "Laut aktuellem Hochhauskonzept ist ein Turm aber auch dann zulässig, wenn seine Anbindung durch den öffentlichen Verkehr erst mittelfristig denkbar ist. Damit ist das Konzept das Papier nicht wert, auf dem es steht." So gesehen wären in Wien fast überall geeignete Standorte für Türme.

Seiß' Vorschlag: Bauwerber sollten schlüssig darlegen, dass es am Markt Bedarf an ihrem Hochhausprojekt gibt, was gerade für Bürotürme derzeit nicht zwingend der Fall sei. "Schließlich sind solche Widmungen ja Ausnahmegenehmigungen – und diese Ausnahmen sollten gerechtfertigt sein", so Seiß.